

Schweine- und Geflügelhaltung nach Bestandesgrösse, 1966 und 1973

Bestände von Tieren	Besitzer		Tiere in % des Gesamt- bestandes	
	1966	1973	1966	1973
Schweinehaltung				
bis 20	74 851	42 951	27,4	12,6
21-100	12 984	15 326	33,2	31,2
101-500	2 183	3 634	30,2	35,5
501-1000	149	393	6,5	12,3
über 1000	31	115	2,7	8,4
Total	90 198	62 419	100,0	100,0
Gesamtbestand, 1000 St.			1514	2136
Leg- und Zuchthühner				
bis 150	131 647	84 842	59,7	35,5
151-2000	1 304	687	21,7	13,0
2001-6000	124	173	11,9	18,2
6001-10 000	15	40	3,4	9,2
über 10 000	7	49	3,3	24,1
Total	133 097	85 791	100,0	100,0
Gesamtbestand, 1000 St.			3457	3517
Masthühner				
bis 1000	3 033	1 870	8,2	3,3
1001-4000	128	81	25,9	12,4
4001-6000	135	197	38,5	51,0
6001-10 000	10	21	5,4	8,2
über 10 000	9	18	22,0	25,1
Total	3 315	2 187	100,0	100,0
Gesamtbestand, 1000 St.			1529	1986

In beiden Sektoren haben sich die kleinen Bestände weiter zurückgebildet, während gleichzeitig die Produktion in den mittleren und vor allem grösseren Beständen wiederum zugenommen hat. Diese Verlagerung ist als Ausdruck der Rationalisierung im Interesse einer kostengünstigen Erzeugung zu begrüssen, solange nicht überdimensionierte Betriebe zum Schaden der bäuerlichen Produktion überhand nehmen. Trotz der Vergrösserung der Bestände entfällt indessen der überwiegende Teil der Produktion auch heute noch auf die bäuerlichen Betriebe. In der Schweinehaltung z. B. liegt das Schwergewicht mit zwei Dritteln des Gesamtbestandes bei den Beständen mit 20 bis 500 Schweinen, also in jenem Bereich, der für die bäuerliche Produktion im Vordergrund steht. Auf die Betriebe mit mehr als 1000 Schweinen (sie könnten schematisch der sogenannten industriellen Produktion zugeordnet werden) entfielen demgegenüber 1973 lediglich 8 bis 9 Prozent des Gesamtbestandes. Deutlicher tritt allerdings die Verlagerung auf spezialisierte Betriebe in der Geflügelhaltung zutage, wo rund ein Viertel des gesamten Bestandes in Betrieben mit mehr als 10 000 Tieren gehalten wird. Eigentliche Grossbetriebe bilden aber auch hier eine verschwindende Minderheit. Von einer «Industrialisierung» der Veredlungswirtschaft kann aufgrund der vorliegenden Zählungsergebnisse jedenfalls nicht gesprochen werden.

Eine weitere Konzentration der Fleisch- und Eierproduktion auf sehr grosse, bezüglich der Futterbeschaffung völlig abhängige Betriebe ist aus Gründen der Landesversorgung in Notzeiten sowie des Umweltschutzes nicht erwünscht. Unser Ziel muss darin bestehen, die beschränkten Produktionsmöglichkeiten auf diesem Gebiete so zu nutzen, dass damit, unter Wahrung der Interessen von Konsumenten und Gesamtwirtschaft, ein optimaler Beitrag zur Einkommenssicherung landwirtschaftlicher Betriebe geleistet werden kann. Schon bisher wurden deshalb die Anstrengungen bäuerlicher Betriebe zu rationaler Produktion und zweckmässiger Vermarktung vom Staat unterstützt, insbesondere durch die Betriebsberatung und die Gewährung von Investitionskrediten. Der Absatz von Eiern aus bäuerlichen Betrieben wird zudem durch Mittel der Preisausgleichskasse gefördert. Indirekt wirkt sich auch

die Bewirtschaftung der Futtermittel (Kontingentierung und Belastung der Importe) zugunsten jener Betriebe aus, die ihren Futterbedarf wenigstens zum Teil aus eigener Produktion decken. Von zunehmender Bedeutung sind sodann die Vorschriften und Auflagen im Interesse des Gewässerschutzes, die vor allem sehr grosse Bestände belasten und damit der Entstehung solcher Einheiten entgegenwirken.

Trotz dieser verschiedenen Möglichkeiten zur direkten und indirekten Förderung der bäuerlichen Produktion lassen sich neue, überdimensionierte Betriebe nicht unbedingt verhindern. Für eigentliche Verbote besteht keine verfassungsmässige Grundlage. Im Zusammenhang mit der allfälligen Einführung von Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft wird aber zu prüfen sein, ob in der tierischen Veredlungswirtschaft die bäuerliche Produktion durch spezifische Direktzahlungen gefördert, d. h. konkurrenzfähig erhalten werden kann.

Kleine Anfrage Hofer-Bern

vom 10. Juni 1974 (Nr. 655)

Zeitgeschichtliche Dokumente. Publikation. Beschränkungen

Accès limité aux archives contemporaines

Nach seiner grossen Darstellung zur Geschichte der schweizerischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg hat Professor Edgar Bonjour mit der Publikation von Dokumenten begonnen, die als wertvolle Ergänzung anzusehen sind. Nun sieht sich der Basler Historiker veranlasst, im Vorwort zum ersten Band dieser Dokumentation von «Zensur des Eidgenössischen Politischen Departements» zu sprechen. Diese Angelegenheit hat auch bereits unliebsames Aufsehen in Presse und öffentlicher Meinung erregt, wobei wenig Verständnis für die restriktive Haltung der Bundesbehörden gezeigt wird. In der Tat erscheint es schwer verständlich, warum der Bundesrat jetzt neuerdings zu einer solchen Einschränkung der wissenschaftlichen Publikationsfreiheit übergeht, nachdem dieselbe Behörde die früher verfasste mehrbändige Darstellung desselben Autors ohne irgendwelche Vorbehalte zur Veröffentlichung freigab. Die für solche «Zensur» angegebenen Gründe, soweit sie überhaupt bekannt geworden sind, vermögen nicht zu überzeugen.

Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass es höchst unzeitgemäss ist, 30 Jahre nach Ende des Krieges noch solche Zensur an einem rein wissenschaftlichen Werk auszuüben, besonders angesichts der Tatsache, dass die entsprechenden Aktenbestände mehrerer europäischer Staaten auch Schweizer Forschern uneingeschränkt zur Verfügung stehen?

Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass eine uneingeschränkte Dokumentierung der Ereignisse und Entwicklungen jener für unsere nationale Selbstbehauptung so wichtigen Epoche ein Gebot der Stunde ist, dem sogenannte Privatinteressen sich unterzuordnen haben?

Ist der Bundesrat infolgedessen bereit, die fraglichen Dokumente für den geplanten zweiten Band freizugeben, damit eine möglichst umfassende, von Behörden unbeflusste und nur dem wissenschaftlichen Ethos verpflichtete Dokumentation jener geschichtlichen Epoche gewährleistet wird?

Antwort des Bundesrates vom 11. September 1974

Als der Bundesrat im Jahre 1962 Professor Bonjour freien Zugang zu den weniger als 50 Jahre alten Archivbeständen gewährte, ging es darum, dem Historiker zu ermöglichen, in Akten, welche für die Abfassung des Berichts zuhanden der Regierung unerlässlich waren, Einsicht zu nehmen und sie zu studieren. In diesem Bericht, der inzwischen im Handel erschienen ist, wertete Professor Bonjour diese Dokumentation aus und gab seinen Meinungen vollkommen freien Ausdruck. Dabei benützte er ohne jede

Beschränkung die Informationen, über die er verfügen konnte.

Die vorzeitige Öffnung von Archiven zu Studienzwecken, wie sie vom Bundesrat genehmigt worden ist, unterscheidet sich aber von der gänzlichen oder auszugsweisen Veröffentlichung von internen Akten, die in einer besonders bewegten Periode der Geschichte entstanden sind.

Handelt es sich um derartige Akten, ist es Sache der zuständigen Dienststelle (z. B. eines Departements), solche nicht herauszugeben, deren Publikation die Interessen des Staates oder von Privaten materiell oder immateriell beeinträchtigen könnte. Der entsprechende Entscheid der Dienststelle unterliegt der Beschwerde an den Bundesrat (Art. 7, 8 und 14 des Reglements für das Bundesarchiv). Was namentlich die diplomatische Korrespondenz anbelangt, die bekanntlich zu einem grossen Teil auf dem Wege des Austausches von Akten mit ausländischen Staaten erfolgt, hat die Regierung eine Art Verpflichtung zu respektieren, die sie für eine bestimmte Dauer sowohl gegenüber diesen Staaten wie auch gegenüber den eigenen Beamten eingegangen ist. Im gegenteiligen Falle bestünde die Gefahr, dass die Informationsquellen rasch versiegen, was sich zum Nachteil des Bundesrates und der Politik, die er bestimmt und verfolgt, auswirken würde. Im weiteren gibt es Akten, deren Auswirkungen von Dauer sind und die deswegen nicht veröffentlicht werden können, ohne dass ein Schaden für die Interessen des Staates entstünde. Es seien hier etwa die Aktenbestände zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit dem Ausland, zu Spionagefällen oder zur Landesverteidigung erwähnt.

Wenn somit der Bundesrat, der übrigens im Jahre 1973 die Sperrfrist für die Archive von 50 auf 35 Jahre herabgesetzt hat, bestimmte Archivakten zurückbehält, weicht er in keiner Weise von der internationalen Praxis ab: Alle Staaten haben in ihre allgemeinen Vorschriften einschränkende Bestimmungen zum Zwecke des Schutzes der Landesinteressen aufgenommen.

Der Bundesrat ist nicht der Auffassung, er habe von der bis jetzt bei der Einsichtnahme und Veröffentlichung von archivierten Akten verfolgten Praxis abzuweichen und die bestehenden Vorschriften über die auch nur auszugsweise Publikation von unveröffentlichten Akten zu ändern.

Petite question Ziegler-Genève

du 24 juin 1974 (N° 674)

Nachtflüge in Genf-Cointrin

Vols de nuit à Genève-Cointrin

En août 1971, l'Association des riverains de l'aéroport de Genève-Cointrin déposa un recours contre la décision fédérale sur les vols de nuit (vols entre 22 h et 6 h). En juin 1974, ce recours n'a toujours pas été jugé.

Entre-temps et malgré les promesses formelles du Conseil fédéral promettant une diminution rapide de ces vols, les vols de nuit ont augmenté considérablement. Voici l'évolution des mouvements annuels (vols commerciaux), indiquée par l'ARAG:

1968 3354 vols lignes; 222 vols charters; total 3576

1973 4513 vols lignes; 388 vols charters; total 4901

L'augmentation rapide des vols de nuit est particulièrement intolérable durant les mois d'été où l'on constate un fort mouvement de charters. La santé, le sommeil, l'équilibre nerveux de près de 55 000 riverains de l'aéroport de Cointrin sont – selon les médecins autorisés – menacés d'une façon concrète et immédiate par ces vols de nuit.

En ce début de saison touristique internationale, des mesures rapides et énergiques s'imposent pour assurer une protection minimum de la population de la partie occidentale du canton de Genève.

Quelles sont les mesures urgentes que le Conseil fédéral entend prendre pour donner une réalité à ses propres

promesses et interrompre sans délai les vols de nuit commerciaux?

Subsidiairement: En attendant la renégociation annuelle des horaires internationaux, le Conseil fédéral ne peut-il déclarer – comme l'ont fait les autorités anglaises pour l'aéroport de Londres Heathrow – un moratoire partiel (notamment pour les cinq départs hebdomadaires que Swissair effectue à 23 h 45 à partir de Cointrin) sur les vols de nuit?

Réponse du Conseil fédéral du 11 septembre 1974

Selon l'article 95 de l'ordonnance du 14 novembre 1973 sur la navigation aérienne, il y a lieu de faire preuve de la plus grande réserve en autorisant les décollages et les atterrissages des aéronefs à moteur entre 22 heures et 6 heures, quel que soit le nombre total des mouvements. Cette prescription a été respectée. Après une certaine période de démarrage, l'augmentation du nombre des vols de nuit a pu être fortement freinée à partir de l'année 1971; depuis lors, leur nombre diminue lentement, alors que le nombre total des mouvements d'avions continue d'augmenter.

Décollages et atterrissages du trafic commercial à Genève:

	1969	1970	1971	1972	1973
en 24 heures	56 333	64 758	65 222	65 527	68 033
de 22 à 6 heures	3 570	5 180	5 338	4 977	4 901
en pour-cent	6,34	8,00	8,18	7,60	7,20

En outre, le 1er novembre 1972 est entré en vigueur le règlement d'interdiction des vols de nuit, en vertu duquel aucun décollage ni aucun atterrissage n'a pratiquement lieu entre minuit et 5 heures.

On n'a plus constaté de forte augmentation des mouvements de nuit du trafic hors des lignes pendant les mois d'été en 1972, 1973 et notamment durant l'année en cours.

Comme nous l'avons déjà relevé dans notre réponse à une petite question Ziegler du 4 décembre 1973 concernant l'aéroport de Genève-Cointrin, des solutions raisonnables ne peuvent être apportées que s'il est tenu compte équitablement de tous les intérêts en présence. Il y a lieu de prendre en considération le plus possible le besoin de repos de la population, mais il ne faut toutefois pas ignorer pour autant l'intérêt général lié au trafic aérien ni les intérêts économiques vitaux des entreprises aéronautiques. Il ne saurait donc être question de réduire soudainement les vols de nuit commerciaux, tel que l'a proposé l'auteur de la petite question. Il n'est d'autre part pas possible d'avancer les cinq vols spécialement visés de Swissair vers l'Amérique du Sud et l'Afrique du Sud, car la correspondance avec d'autres vols déterminants pour une exploitation rentable ne serait plus assurée.

Le Conseil fédéral n'a fait aucune promesse quelconque quant à une interruption totale des vols de nuit commerciaux.

Kleine Anfrage Sauser

vom 24. Juni 1974 (Nr. 675)

Höranlagen in kirchlichen Räumen. Gebühren

Appareils acoustiques dans les églises. Taxes

Der Bundesrat hat am 10. Dezember 1973 eine neue Konzessionsordnung zum Telegraf- und Telefonverkehrsgesetz erlassen. Gestützt darauf hat die Generaldirektion der PTT ihre Konzessionsvorschriften ebenfalls geändert und u. a. die Gebührenfreiheit für Höranlagen in Kirchen und kulturellen Zwecken dienenden Räumen aufgehoben. Die Gebührenpflicht soll auf den 1. Juli 1974 eingeführt werden.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen: